

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015****Öffentlich geförderte Beschäftigung**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2014 um 9 000 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2015 um 9 000 T€ erhöht.

Dementsprechend werden die folgende Leistungsziele/-kennzahlen geändert:

	Einheit	2014	2015
Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse	Arbeitsplätze	500	500

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 23-6	Zuschuss für öffentlich geförderte Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2014 von 9 000 000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2015 von 9 000 000 € eingestellt.

Erläuterung

Es werden 500 sozialversicherte, befristete Beschäftigungsverhältnisse in den Stadtteilen geschaffen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Damit werden Qualifikationen erhalten und die Chancen verbessert, wieder einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhalten. Gleichzeitig besteht in den Stadtteilen eine Vielzahl an Bedarfen für diese Form öffentlich geförderter Beschäftigung, um damit den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Seit der „Instrumentenreform“ ist

sozialversicherte Beschäftigung seitens der Jobcenter kaum noch möglich, daher sollen hierfür arbeitsmarktpolitische Mittel des Landes eingesetzt werden.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE